



Marc Risch, Facharzt für Psychiatrie, Dr. Jens Hoffmann, Diplom-Psychologe und Amokexperte, Moderatorin Carmen Dahl, Innenminister Thomas Zwiefelhofer und Polizeichef Jules Hoch (v. l.) Bild: D. Ospelt

Weit weg von einem Überwachungsstaat

Diskutiert Gerät bald jeder wutentbrannte Bürger automatisch auf den Radar der Behörden? Was auf den ersten Blick Angst macht, entpuppt sich auf den zweiten Blick als Segen und schafft Sicherheit: Das Bedrohungsmanagement.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

1986 wurde der liechtensteinerische Polizeichef Heinz Hassler bei einem Einsatz wegen Ermittlungen angeschossen und verstarb wenig später im Krankenhaus. 2008 forderte ein Familiendrama in Balzers zwei Todesopfer, als ein Mann seine Ehefrau auf offener Strasse erschoss und sich dann selbst richtete. Und im Jahr 2014 erschoss in Balzers Jürgen Hermann den Banker Jürgen Frick, nachdem er ihn jahrelang bedroht hatte. Allein in den letzten 12 Monaten wurden offenbar zwei Mitarbeiter einer Behörde von Privatpersonen mit Mord bedroht. Dies sind nur einige Fälle, die hierzulande geschehen sind und Angst machen. Es drängt sich also auch für Liechtenstein die

Frage auf, ob ein Bedrohungsmanagement analog dem Kanton Solothurn die Sicherheit erhöhen würde. Und ob sich Gewalttaten dadurch überhaupt verhindern lassen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Vereins Sicheres Liechtenstein wurden diese Fragen gestern Abend in Vaduz wie folgt beantwortet: Ja. Vieles kann verhindert werden. Aber niemals alles.

«Niemand wird denunziert»

Zwar hat die Landespolizei schon heute weitgehende Kompetenzen – doch es gibt keine koordinierte Vorgehensweise, um eine Person, die ein bedrohliches Verhalten an den Tag legt, systematisch auf seine Gefahr einzuschätzen. Das soll sich ändern. Die Regierung hat bereits einen entspre-

chenden Bericht in Vernehmlassung geschickt, der aller Voraussicht nach noch im November in erster Lesung im Landtag behandelt wird. Regierungschef-Stellvertreter und Innenminister Thomas Zwiefelhofer stellte klar: «Dabei handelt es sich um keine Sparmassnahme der Regierung. Und bei dieser Massnahme geht es auch nicht darum, zu stigmatisieren oder zu schubladisieren. Niemand wird vorverurteilt oder denunziert. Es geht einzig und allein um Prävention.»

Unterstützung erhält Zwiefelhofer von Polizeichef Jules Hoch, für den der Umgang mit Personen, die eine Gefahr darstellen, zwar nicht neu ist. «Aber ich bin sehr froh und dankbar, dass eine zentrale Fachstelle eingeführt werden soll, bei der alle Fäden und Informationen zusammen-

laufen.» Hoch bat die Landtagsabgeordneten ausserdem eindringlich darum, nicht nur ein Bedrohungsmanagement zu beschliessen, sondern auch entsprechende Ressourcen bereitzustellen, um dieses professionell betreiben zu können. «Wir können niemals alles vermeiden. Aber am Ende will ich sagen können, dass wir alles getan haben, was machbar gewesen ist», begründete er sein Anliegen.

Aus psychiatrischer Sicht beleuchtete Marc Risch, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, das Bedrohungsmanagement. Und er gab zu bedenken: «Kein psychisch Erkrankter ist automatisch ein möglicher Täter.» Ausserdem gelte es immer, bei den überprüfaren Fakten zu bleiben. Weiters gab er mit auf den Weg: «Achten wir auf unser Umfeld.

Nur wer versteht, kann beurteilen. Und nur wer beurteilen kann, kann Massnahmen ableiten.» Er gab auch zu bedenken, dass Angst kein guter Ratgeber, aber dennoch wichtig ist. Und: «Psychisches Kranksein korreliert nicht automatisch mit Delinquenz.»

Kein hin und her Werfen von vertraulichen Daten

Dass das mögliche neue Gesetz nicht bei allen auf Gegenliebe stossen wird, dessen ist sich Innenminister Thomas Zwiefelhofer sicher. Zumal das Berufsgeheimnis aufgeweicht werde. Eine Kann-Bestimmung würde es Ärzten künftig erlauben, zu melden, wenn sie begründeten Verdacht hegen, dass ein Patient gefährlich werden könnte. Dass die Ärzte ihr Vertrauensverhältnis zu ihren Patienten aber niemals leichtfertig

aufs Spiel setzen werden, davon sind sowohl Zwiefelhofer als auch Jules Hoch überzeugt.

Grosser Befürworter des Bedrohungsmanagements ist Dr. Jens Hoffmann, der in mehreren Hundert Fällen von Drohungen, Stalking und Gewalt am Arbeitsplatz Risikoeinschätzungen durchgeführt und das Fallmanagement betreut hat. Nun berät er auch Liechtenstein und sagt: «Das Bedrohungsmanagement ist weit weg von der Idee eines Überwachungsstaates. Niemand gerät automatisch auf den Radar der Behörden.» Es gehe auch nicht um ein hin und her Werfen von vertraulichen Daten. Denn es werde immer auf das Verhalten einer Person abgezielt und nicht auf die Person selbst. «Das Bedrohungsmanagement schafft ein Gefühl der Sicherheit für alle.»